

Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“.
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM. Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer's Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. - Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen tofen: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra - Bankverein Katern.

Nr. 38

Sonnabend, den 29. März 1930

43. Jahrgang

Das Reichskabinett zurückgetreten.

Vor der Entscheidung des Reichskabinetts.

Am Anschlag an den Vorschlag der Sozialdemokraten, sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung auf die ursprüngliche Regierungsvorlage zurückzuziehen, trat das Reichskabinett zusammen, um die durch den Vorschlag der SPD. gestiftete Lage zu bezeichnen. Am der Sitzung des Reichskabinetts nahm im Auftrag des Reichspräsidenten auch Staatssekretär Meißner teil. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Zeit unterbrochen und für 19 Uhr neu angelegt.

Das von den Sozialdemokraten abgelehnte Kompromiß-Entscheidungswort war, nach beendeter sozialdemokratischer Debatte, von der Fraktion der Deutschen Volkspartei mit einer beachtlichen Mehrheit angenommen worden, so daß nunmehr das bekannte Kompromiß, hinter dem sämtliche bürgerlichen Regierungsparteien stehen, den Forderungen der SPD. gegenübersteht, die auf der alten Regierungsvorlage stehen. In Kreisen der bürgerlichen Parteien hat sich der Eindruck verfestigt, daß den Sozialdemokraten an einer Einigung mit den bürgerlichen Regierungsparteien nicht mehr viel liegt. Das Reichskabinett hat nunmehr die letzte Entscheidung zu fällen. Wie verlautet, soll der Reichspräsident Müller selbst für eine Entscheidung „in offener Selbstschlichtung“ sein, das heißt für die Einbringung der Regierungsvorlage und ihre Abänderung in der Vollziehung. Damit würde sich aber die Situation ergeben, daß die bürgerlichen Kabinettsmitglieder, deren Fraktionen nunmehr geschlossen hinter dem Kompromiß stehen, gegen ihre eigenen Fraktionen Stellung zu nehmen hätten. Die Möglichkeit, daß das gesamte Kabinett seinen Rücktritt beschließt, ist damit in unmittelbarer Nähe gerückt. Darauf deutet auch die Teilnahme der Staatssekretäre Meißner an den Beratungen des Reichskabinetts hin. In den letzten Tagen sind im Palais des Reichspräsidenten mit Berücksichtigung der bürgerlichen Parteien bereits ausgiebige Verhandlungen gepflogen worden, die der Frage gelten, was nach einem etwaigen Rücktritt der gegenwärtigen Regierung insbesondere für die nächsten Haushaltsaufgaben zu geschehen habe.

S. P. D. lehnt das Donnerstag-Kompromiß ab.

Berlin, 28. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, das ursprüngliche Programm des Reichskabinetts anzunehmen, dagegen das Kompromiß des Zentrums abzulehnen. Der Beschluß wurde fast einstimmig gefaßt. Am Anschlag hierzu trat das Reichskabinett zusammen.

Berlin, 28. März. Das Reichskabinett trat um 7 Uhr noch einmal zu einer letzten Sitzung zusammen und beschloß in Einmütigkeit der parlamentarischen Lage, seinen Rücktritt zu erklären.

Notetat im Reichstag.

Nachtragshaushalt 1929.

Berlin, 27. März. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung einer Vorlage, wonach die Nachtragsordnung bis zum 30. September 1931 verlängert werden soll. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Zur Beratung steht dann

der Notetat für 1930,

der die Reichsregierung ermächtigt, die notwendigen Ausgaben für das erste Vierteljahr zu leisten.

Abgeordneter Torgler (Komm.) lehnt den Notetat ab, der dem Haushaltsausschuß überwiesen wird.

Es folgt dann die zweite Beratung des

Nachtragshaushalts für 1929.

Abgeordneter Schulz-Bromberg (Dnt.)

protestiert gegen die Anforderung von Mitteln zur Aufklärung des Volkes über das Freiheitsgesetz. Die Zentrale für Heimatdienst arbeite nur für die Elite.

Abgeordneter Dr. Schreiber (Ztr.)

erklärt, das Zentrum würde jedem Minister härteste Opposition machen, der Staatsgelder zum Kampf gegen religiöse Einrichtungen verwenden würde. Der Redner fordert größere Durchsichtigkeit bei den Ausgaben des Auswärtigen Amtes.

Reichsinnenminister Severing

erwidert auf die Angriffe des Abgeordneten Schulz-Bromberg. Es seien in der Tat 350 000 Mark aus dem Fond zum Schutz der Republik zur Aufklärung über den Youngplan verwendet worden. Abgeordneter Schulz-Bromberg stellt es so dar, als wäre eine solche Verteidigung der Regierungspolitik — der Beschluß ist ja vom ganzen Reichskabinett einstimmig gefaßt worden — in allen Regimen nicht möglich gewesen. Ich brauche nur an die Rede zu erinnern, die Eugen Richter 1872 im Preussischen Landtag gegen den sogenannten Neptilienfonds hielt, gegen Bismarcks System, Zeitungen mit Staatsgeldern aufzukaufen, damit sie keine Kritik unterließen. Im weiteren Vergleich zum alten Regime könnte man dem neuen Regime höchstens den Vorwurf machen, daß es zu wenig tut in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall links.)

Abgeordneter Maslowitz (Komm.)

protestiert gegen die Aufwendungen für die Technische Hochschule und für die Heimdienstzentrale.

Abgeordneter von Freytag-Loringhoven (Dnt.)

hält den historischen Vergleich des Ministers für völlig verfehlt, weil die frühere Regierung nicht wie die jetzige eine aus Parteien zusammengesetzte parlamentarische war. Der Erfolg der Regierungssituation ist von Minister Curtius selbst sehr ungünstig beurteilt worden. Zudem hat in der französischen Kammer betont, daß die französische Konstitutionserklärung fortbestehen und daß Deutschland zu ihrer Anwendung seine vorgängige und bedingungslose Zustimmung gegeben hat. Nachdem zudem jetzt vor der Kammer keine Erklärungen wiederholt hat, müßte wir von unserer Regierung völlige Klarheit haben. Damit das deutsche Volk nicht blind in den Abgrund taumelt, (Beifall rechts.)

Abgeordneter von Einbein-Wildau (Dnt. Arb.-Gem.) wirft der Regierung vor, daß ihre Agitation gegen das Volksgeschehen die Grenzen einer Aufklärungstätigkeit weit überschritten habe.

Abgeordneter Gottschiner (Dnt.)

erhebt Einspruch gegen die parlamentarische Behandlung des neuen Gesetzesentwurfs über die Preussische Zentralgenossenschaftsfrage, der im Preussischen Landtag mit einer Mehrheit von nur fünf Minuten durchgefallen ist.

Abgeordneter Bernhard (Dem.)

hält dem Abgeordneten von Freytag-Loringhoven vor, daß er vergessen habe, zu erwähnen, daß der französische Ministerpräsident Lardieu sich für seine den deutschen Interessen so abträglichen Auslegung des Youngplans berufen habe auf Äußerungen des bekannten Strafrechtslehrers und Abgeordneten von Freytag-Loringhoven. (Geleierter Hinweis.) Ich habe kein Verständnis dafür, wie er jetzt nach der Entscheidung noch den französischen Standpunkt hängen kann.

Abgeordneter Berndt (Dnt.) ruft: Das ist eine jüdische Verdrehung! — Der Zauber wird zur Ordnung gerufen.

Abgeordneter Bernhard: Wir Juden sind mindestens so gute Deutsche wie Herr von Freytag. (Abgeordneter Goebels [Nat.-Soz.]: Was hat er für Jude hier zu suchen?) Nach Ihrem Aussehen, Herr Goebels, sind Ihre Vorleser noch nicht so lange in Deutschland wie meine. (Unruhe.)

Der Redner tritt für Wiederherstellung der vom Ausschuß getrichenen 400 000 Mark für die Leipziger Messe ein. (Abgeordneter Goebels [Nat.-Soz.], der dauernd „Sube“ ruft, wird vom Vizepräsidenten von Kardorff darauf aufmerksam gemacht, daß er bei weiteren Wiederholungen aus dem Saale gewiesen werden würde. Abgeordneter Straßer [Nat.-Soz.] erhält wegen ähnlicher Jurze zwei Ordnungsrufe.)

Abgeordneter Schrad-Baden (Komm.)

fordert größere Mittel zur Unterbringung der wertvollen Bevölkerung des besetzten Gebietes.

Die Nachtragshaushalte zu den einzelnen Haushalten werden nach den Ausschußbeschlüssen genehmigt.

Ein Antrag, für das Berliner Messeamt 200 000 Mark zu bewilligen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Gehörtsentwurf über die Beteiligung des Reichs an der Freizugsfrage wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag nachmittags 4 Uhr.

Dritte Beratung des Nachtragsetats.

40 Millionen für Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 28. März.

Präsident Ebert eröffnet die Reichstagsung um 4 Uhr. Die zweite Lesung des Nachtragshaushalts für 1929 wird fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium.

Reichsarbeitsminister Wisfoll

teilt auf Fragen des Vorredners mit, daß den Trägern der Invalidenversicherung alle Beiträge ausgeschlossen sind, die ihnen in Aussicht gestellt waren.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die einmaligen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung um 40 Millionen zu erhöhen, wird angenommen, und mit dieser Veränderung der Rest des Nachtragsetats in der Ausschußfassung.

Es folgt dann die

dritte Beratung des Nachtragsetats für 1929.

Abgeordneter Dr. Spahn (Dnt.) wendet sich gegen die Ausführungen des Innenministers. Im Gegensatz zur heutigen Staatsform habe die frühere dem leitenden Staatsmann des verfassungsmäßigen Rechts gegeben, Einspruch auf die Presse zu üben, um über die Parteien hinweg zum Volke zu sprechen. Heute bestrebe nur eine Regierung von Parteigruppen. Der Standpunkt diene jetzt nicht der deutschen Kultur, sondern dem Kulturkolonialismus.

Abgeordneter Dr. A. H. J. (Dem.) nimmt dann den in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag auf Wiederherstellung der 400 000 Mark für die Leipziger Messe wieder auf. Der Antrag wird durch Ausschluß mit 190 gegen 129 Stimmen bei 4 Enthaltungen wiederum abgelehnt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Annahmewort wird eine Ausschußentscheidung, in der

weiterer Mittel verlangt werden zur Unterbringung der durch die Abgrenzung des Sanierungsgebietes in ihrem Abzug geschädigten Gemeinden. Der Nachtragshaushalt wird dann in der Schlußabstimmung in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des

Geldmängelgesetzes.

Abgeordneter Diez (Ztr.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abgeordneter Sollmann (Soz.)

betont, daß der Reichstag seinen ein Geleis bearbeitet habe, das die Spantafel von Millionen von Weibern so stark bedrückte, wie dieses vielen Frauen des Mittelalters habe es Anglistämme verurteilt. Das amerikanische Geleis der Forderung erhebt die deutsche Alkoholindustrie und die deutschen Goldstätten. Dabei habe dieses Geleis mit der Forderung nicht das geringste zu tun. In Deutschland gebe es 390 000 registrierte Trunkflüchtige, die Trinkerflüchtige einer einzigen Andriestadt, Bochum, herren 2250 Trinker. An solchen Zuständen dürfe die Gesetzgebung nicht vorübergehen.

Abgeordneter Mumm (Christl.-nat. Arb.-Gem.)

erklärt, der Ernst der Stunde erfordere, daß weniger geredet, aber mehr gehandelt werde. Der Kampf gegen den Alkoholismus liege im Interesse eines gelunden, fröhlichen Volksheims. Es könne sich natürlich nur um ein schriftliches Vorgehen handeln.

Abgeordneter Hampe (Dnt.)

stellt fest, daß ein eigentlicher Alkoholmißbrauch in Deutschland überhaupt nicht vorhanden sei. Einzelne beklagenswerte Fälle werde es immer geben. Sie können aber nicht auf gelegentlichen Wege beseitigt werden. Der Bierkonsum habe keine Freiheitshöhe nicht erreicht. Der Schnapskonsum jedoch geht fortwährend zurück. Die Gewerkschaften haben durch ihre Aufklärungsarbeit zu Gunsten einer verständigen Temperenz sehr viel geleistet. Wünscht man eine weitere Verminderung des Alkoholmißbrauchs, so muß man bei den Gärten einleiten und nicht beim Gultwort.

Es ist abwegig, einen Stand, der sich höchsten Anliegens erkrant, durch Bestimmungen zu bedrücken, die nur als Sondergesetzmäßigkeit angesehen werden können.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Freitag 3 Uhr vertagt.

Kein Notetat in Preußen.

Landtagssitzung bis 5. April.

Berlin, 27. März.

Die Etatberatung in Preußen wird nach den bisherigen Dispositionen zwar nicht bis zum 1. April dieses Jahres fertiggestellt sein, doch sind besondere Notmaßnahmen nicht nötig, da nach der Einnahmeseite die für das Jahr 1930 notwendigen Steuererlöse voraussichtlich noch in dieser Woche erwidert werden.

Es ist geplant, den Landtag bis zum 5. April durchzuführen. In Preußen tritt die Steuerperiode ein, die bis zum 6. Mai währen wird. Bei der Wiedereröffnung wird dann noch der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung und des Staatsministeriums beraten werden. Es wird angenommen, daß die Etatberatung in Preußen mit dem 17. Mai ihr Ende findet. Ein Notetat ist aus diesem Grunde nicht nötig, weil nach Artikel 64 der preussischen Verfassung das Staatsministerium ermächtigt ist, falls der Haushaltsplan nicht pünktlich fertiggestellt werden konnte, Ausgaben zu leisten, die nötig sind, um geleglich bestehende Einrichtungen zu erhalten und geleglich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, weiterhin, um die rechtsbegünstigten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen. Auch für die bereits begonnenen Bauten können Beihilfen geleistet werden. Nur Neubauten, die noch nicht zum Landtag bewilligt sind, dürfen nicht begonnen werden.

Ein französischer Vorschlag.

Dreisund Deutschland, Frankreich und Polen.

Paris, 28. März.

Die radikalsozialistische „Republique“ erklärt in einem Briefe auf, die ganze Welt verlange einen Dreisund zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, der die erste, sicherste, aber auch wichtigste Zelle einer kommenden europäischen Gemeinschaft darstellen würde.

Einer Erweiterung der Locarno-Politik künde nichts im Wege. Man dürfe nicht mehr von einer deutsch-französischen Annäherung, sondern vielmehr von einer engen Verbindung reden. Das Nebereinkommen der beiden höchsten Kommissarinnstände würde das erste Glied in der europäischen Kette bilden und hätte außerdem den Vorteil, Frankreich vor möglichen Übergriffungen vom Süden her zu bewahren. Die Lage an der französisch-italienischen Grenze habe sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Das italienische Italien zeige ein physisches Ausdehnungsbestreben und bedrohe die französischen Kolonien in Nordafrika.

Ein französisch-deutsches Abkommen könne jedoch bei Polen auf Schwierigkeiten stoßen. Günstigerweise seien jedoch bei den französischen Gelehrten in Warschau vorzügliche Diplomaten, denen es gelingen könne, die Gegensätze abzumildern. Polen würde auf alle Fälle gut tun, sich durch einen Beitritt zu einem dreierigen Dreisund die not-

Ein Bild nach oben.

„Du bist mein Stern, du bist mein Mond und meine Sonne.“ Die Grammophone dudeln es in Instrumental- und Vokalstimmen, die Radiowellen läuteln es bis. Das ist nun der jetzt verbliebene Ausbruch bodenmenschlicher Sehnsucht nach dem Kosmos, und daneben noch etwas Kosmetik-Pippenheit und so. Bei unseren Vorklaren war denn doch ein festerer Bewußtseins- und Ahnungsdrang nach dem Kosmos. Noch heute leben in Weltabgeschiedenheit Menschen, denen ein Bild zum nächsten Firmament den Stand der Zeit anzeigt und darüber hinaus vieles, was die Allzuvielen nicht mehr sehen. Dem Menschen ist in unserer Zeit ein Verehrtes als letzter Sinn erwachsen und der Ewigkeitsglaube verlorengegangen. Der Blick zum Himmel ist es, der uns Menschen weit über das Tier erhebt, das vor sich blickt und nie in die ewigen Fernen schaut. Doch, wer hebt den Blick noch zu den Sternen? Wir schreiten schweigend durch Straßen mit grellen Lichtstrahlen aus hundert Fenstern, und unsere Augen werden flumpf für die Nacht der ewigen Leuchten da oben. Wenn nun einmal ein verfeinerter Heimweg bei Isparium Mitternachtsbeleuchtung zu einem solchen Bild den Himmel verschafft, ahnen wir in unserm vernebelten Gemüt etwas von der Ewigkeit, die da auf uns als ein Staubföhrchen des Alls herniederbläst, doch unsere Dummheit ermangelt des Genusses erkenntnisvoller Klarheit. Wir wollen doch vor dem Schlafengehen allabendlich an das Fenster treten und uns erschauen durch den Sichtstrahl aus den himmlischen Tiefen. Trübt ihr Augen, was die Wimper hält, von dem Meerfluß der ewigen Welt.“

Schweinegeographie.

Schweine-Überfluß- und Zuschußgebiete (in 1000 Stück)



Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung
am Sonnabend, den 29. März 1930, abends 8 Uhr
im Gasthof „Weißes Roß“.

- Tagesordnung:**
1. Bürgermeisterwahl
 2. Kenntnisnahmen
 3. Wahl der Beisitzer für das Meetingungsamt
 4. Wahl eines Schiedsmann-Stellvertreters
 5. Bewilligung der Mittel für die Erteilung des Handarbeits-unterrichts
 6. Kenntnisnahme von der Prüfung der Jahresrechnung der Stadtkasse für das Rechnungsjahr 1928 und Erteilung der Entlastung
 7. Beschlußfassung über Durchführung von Notstandsarbeiten
 8. Beschlußfassung über Pfänderung eines Teiles der Großwägenereisen

Hebra, den 26. März 1930
Der Stadtverordnetenvorsteher. May.

Stadt-Sichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 30. März, abends 8¹/₂ Uhr

„O Jugend wie bist du so schön“

Operette
Der Polizeikommission von Kalifornien

(Wald-Wesf)
Es ladet freundlichst ein Borgwardt.

Kleinwangen

Sonntag, den 30. März, von nachm. 3 Uhr an

Preisskat.

Hierzu ladet freundlichst ein P. Neumann.

Stellen-Anzeigen

für den „Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Befehlsauftrag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur Höhe, über ganz Deutschland gehenden Anzeigen und der zuverlässigen Aufstellung niedrig, sie betragen gegenwärtig nur 100 Pfg. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 75 Pfg. bei Stellenfragen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Pfg.

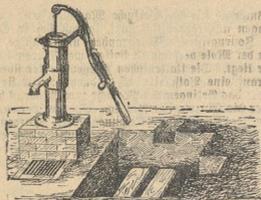
Wir empfehlen die Anzeigen frühzeitig anzugeben.

Buchdruckerei Wihl. Sauer, Roßleben.

Landwirtschaftliches.

Die „vergrößerte“ Garterpumpe

(Mit Abbildung.) (Nachdruck verboten.)
Und bei der Schrebergarten noch so klein, eine Garterpumpe muß sein! Gerade der Herbst 1929 redete hier wieder eine deutliche Sprache. Das Laub an den Obstbäumen wurde von Tag zu Tag gelblicher, Äpfel, Pfäffchen, die nicht zu zahlreichen Birnen fielen wie die Zitronen, die Kürbislätter machten dargelegt schlapp und der Grünschnitt war kaum am Leben zu erhalten. Da wird eine Garterpumpe so viel auf und ab bewegt, daß das Dichtungsleder nur kurze Zeit ausdient. Nicht nur zum reinen Gießen, sondern auch zur Bereitung von flüssigen Düngern, zur Körperreinigung, zum Kochen, Waschen, Trinken usw. ist eine Garterpumpe höchst notwendig.



Nun kostet ein größeres Modell weit über 100 Mark, ein kleines (wie es die Abbildung zeigt) aber nur 90 Mark. Was Wunder, daß man in den Schrebergartenkolonien meist die kleinen Formate liebt! Sie werfen wohl auch geringes Wasser, aber sie sind häufig so niedrig über dem Erdboden montiert und besonders ihr Schwengel ist so kurz (etwa 50 Zentimeter), daß ein größerer Gartenbesitzer sich arg bilden und verkrennen muß.

Die Abbildung läßt nun erkennen, wie hier mit zwei einfachen Silminuten Vorhänge zu schaffen ist. Einmal wird der Schwengel durch einen Befestiger verdünnt, wobei billiger Draht die Bindung besorgt. Zweitens wird der Stand des Pumpendehns dadurch günstiger, daß man ihn vertieft. Man hebt einfach eine Grube aus, legt ein paar Bretchen hinein, damit man trockener und, für nagte Füße, wärmer steht und nach auf zwei Seiten je eine Stufe ins Erdreich. Schon ist aus einer kleinen Garterpumpe eine größere geworden.

Von jetzt ab nur noch



Wolko-Schuhe

werden auch Sie sagen wenn Sie einmal Wolko-Schuhe getragen haben. So bequem, so strapazierfähig, so kleidsam sind Wolko-Schuhe.

Und dabei so billig!
Herren- u. Damenschuhe zu Einheitspreisen
8.75 10.75 12.75 14.75

Reichhaltige Auswahl bei:

Herm. Sachse Schuhmachermeister
Ein Wolko-Schuh ist immer gut!

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung
Buchdruckerei Wihl. Sauer, Roßleben



Der Jungdeutsche

Tageszeitung für Volkskraft und Standesfrieden.

Der „Jungdeutsche“ ist ein Bestimmungsbild, das gegen den parlamentarischen Freistaat und für den organischen Volksstaat und die Neugliederung des Deutschen Reiches kämpft. Der Grenzlandkampf des deutschen Volkes und der Kampf gegen das Verfallende Mittel und seine Folgen werden im „Jungdeutschen“ mit besonderer Schärfe geführt.

Der „Jungdeutsche“ verfügt über einen großen eigenen Nachrichtenendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insbesondere die Vorgänge in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Blätter feinschildert.

Der „Jungdeutsche“ verfügt als die einzige Tageszeitung der bündelnden Bewegung über eine ständig folgende Belegschaft sowie über eine außerordentlich große Verbreitung in über 5000 Postorten. Er ist deshalb ein besonders wirksames Infektionsorgan. Bezugspreis: monatlich 2,70 Mk. ausschließlich Postbestellgeld.

Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.

Börse und Handel.

* Aktienmärkte. Die Börse steht in weiter freundlicher Stimmung ein. Da jedoch so gut wie keine Orders vorliegen, zeigen die ersten Kurse nur geringfügige Veränderungen nach beiden Seiten. Nicht ein einziges Papier hatte einen über zwei Punkte hinausgehenden Ausschlag aufzuweisen. Im Besonderen fühlte diese Geschäftslage zu einem allgemeinen Absinken um etwa 1 bis 1 1/2 Punkte. Dabei blieb die Grundstimmung nach wie vor ausschließlich. Bei sehr minimalem Geschäft und etwas niedrigeren Kursen herrschte relativ freundliche Stimmung. Die gegen 12 Uhr einjüngende starke Belebung am Anleihemarkt blieb ohne Einfluß auf die Aktienmärkte. Es zeigten sich sogar weitere kleine Abdrückungen.

Devisenbörsen: Dollar: 4,181-4,192; belgische Franken: 58,28-58,50; französische Franken: 16,205-16,435; dänische Kronen: 12,13-12,26; englische Pfunde: 20,384-20,404; Finnmark: 10,333-10,533; holländische Gulden: 167,92-168,26; italienische Lire: 21,01-21,95; norwegische Kronen: 112,09-112,87; schwedische Kronen: 112,51-112,73; österreichische Schillinge: 89,914-89,066; Schweizer Franken: 80,97-81,13; japanische Yen: 22,20-22,30; tschechische Kronen: 12,406-12,426.



Ein Denkmal für Hallermann.
Anläßlich der Reichstagung der Deutschen Volkspartei vom 23. bis 25. März in Mannheim wird dort ein Volksermächtigtendenkmal zum Gedenken an den langjährigen Führer der Nationalliberalen feierlich eingeweiht werden.

Kleine Gänse

hat abzugeben
Appl. Altenburgstraße Nr. 6

N. S. V. 24

Sportplatz unterhalb der Altenburg

Sonntag, den 30. März 1930

Fußball-Großkampf

N.S.V. 24 / Wacker Delbra
I. Herren / II. Herren

Anstoß 3 Uhr.

N.S.V. 24 / N.S.V. 24
III. Herren
Anstoß 1 1/2 Uhr.

Sommer-Sprossen

auch in den besten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das edle unschädliche Zeiterfährungsmitel „Venus“ (Erdreife) befreit.

Appl. Schaller, Preis Mk. 2,75. Gegen Blätter, Wirtler (St. A.)

In Roßleben: Apotheke S. Mittig

In Sebnitz: Adler-Drogerie W. Gutschmids

Spielkarten

hält vorräthig
Walter Scharf, Hebra

Gämtliche Zeitschriften

des In- und Auslandes, auch Verfeinerungszeitschriften wie:

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| Der Bergfried | Familienhort |
| Das Buch für Alle | Der Hausfreund |
| Der Arbeiter | Pand und Leute |
| Der Bauer | Das Feiertagsblatt |
| Deutsche Landw. Zeitung | Schöne Welt |
| Notwendige | Wohlfahrt |
| Sport und Gesundheit | Wohlfahrt |
| Das Blatt der Hausfrau | und usw. |

liefert pünktlich und ohne Aufschlag

Buchhandlung W. Scharf

Aufklärung an den Mittelstand!

Die sicherste Anlage für Spareinlagen ist das

Sparbuch

bei einer mündelsicheren öffentlichen Sparkasse.

Wer RM. 84,- auf ein Sparbuch einzahlt,

erhält nach 3 Jahren RM. 104,35.

Bei Höchstverzinsung erhöht sich noch der Gewinn.

Die Spareinlagen

fließen in Form von billigen kleinen und kleinsten Darlehen an den seine Existenz schwer ringenden

Mittelstand.

Sparer, denk an die örtliche Notlage!

Unterstützt durch Eure Einlagen bei uns die heimische Wirtschaft!

Stadtparkasse Hebra.

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Weltamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artens.

Nr 38

Sonnabend, den 29. März 1930

43. Jahrgang

Das Reichskabinett zurückgetreten.

Vor der Entscheidung des Reichskabinetts.

Am Anschlag an den Reichstag der Sozialdemokraten, sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung auf die ursprüngliche Regierungsvorlage zurückziehen, trat das Reichskabinett zusammen, um die durch den Beschluß der SPD geschaffene Lücke zu beheben. An der Sitzung des Reichskabinetts nahm im Auftrag des Reichspräsidenten auch Staatssekretär Meißner teil. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Zeit unterbrochen und für 19 Uhr neu angefangen.

Das von den Sozialdemokraten abgeleitete Kompromiß-Entwurf-Motiv war, nach dem der sozialdemokratische Beschluß erfolgte, von der Fraktion der Deutschen Volkspartei mit einer bedingten Mehrheit angenommen worden, so daß namentlich das bekannte Kompromiß, hinter dem sämtliche bürgerlichen Regierungsparteien stehen, den Forderungen der SPD gegenübersteht, die auf der einen Seite die Einbindung der bürgerlichen Parteien hat sich der Einbindung verweigert, daß den Sozialdemokraten an einer Einigung mit den bürgerlichen Regierungsparteien nicht mehr die Hand liegt. Das Reichskabinett hat nunmehr die letzte Entscheidung zu fällen. Wie verlautet, soll der Reichstagler Wähler selbst für eine Entscheidung, in offener Selbstwahl, sein, das heißt für die Einbringung der Regierungsvorlage und ihre Abstimmung in der Vollziehung. Damit würde sich aber die Situation ergeben, daß die bürgerlichen Kabinettsmitglieder, deren Fraktionen namentlich geschlossen hinter dem Kompromiß stehen, gegen ihre eigenen Fraktionen Stellung zu nehmen hätten. Die Möglichkeit, daß das gesamte Kabinett seinen Rücktritt beschließt, ist damit in unmittelbarer Nähe gerückt. Darauf deutet auch die Teilnahme der Staatssekretärs Meißner an den Beratungen des Reichskabinetts hin. In den letzten Tagen sind im Reichstag die Reichspräsidenten mit Vertretern der bürgerlichen Parteien bereits ausgiebige Verhandlungen gepflogen worden, die der Frage gelten, was nach einem etwaigen Rücktritt der gegenwärtigen Regierung insbesondere für die nächsten Haushaltsjahre zu geschehen habe.

S. P. D. lehnt das Donnerstag-Kompromiß ab.

Berlin, 28. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, das ursprüngliche Programm des Reichskabinetts anzunehmen, dagegen das Kompromiß des Zentrums abzulehnen. Der Beschluß wurde fast einstimmig gefaßt. Am Anschlag hieran trat das Reichskabinett zusammen.

Berlin, 28. März. Das Reichskabinett trat um 7 Uhr nach einmal zu einer kurzen Sitzung zusammen und beschloß in Anbetracht der parlamentarischen Lage, seinen Rücktritt zu erklären.

Notetat im Reichstag.

Nachtragshaushalt 1929.

Berlin, 27. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung einer Vorlage, wonach die Haushaltsordnung bis zum 30. September 1931 verlängert werden soll. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Zur Beratung steht dann

der Notetat für 1930,

der die Reichsregierung ermächtigt, die notwendigen Ausgaben für das erste Vierteljahr zu leisten.

Abgeordneter Torgeler (Komm.) lehnt den Notetat ab, der dem Haushaltsauschluß überwiesen wird.

Es folgt dann die zweite Beratung des

Nachtragshaushalts für 1929.

Abgeordneter Schulz-Bromberg (Dnt.)

protestiert gegen die Anforderung von Mitteln zur Aufklärung des Volkes über das Freiheitsgesetz. Die Zentrale für Heimatdienst arbeite nur für die Elite.

Abgeordneter Dr. Schreiber (Ztr.)

erklärt, das Zentrum würde jedem Minister härteste Opposition machen, der Staatsgeheim zum Kampf gegen religiöse Einschränkungen verwenden würde. Der Redner fordert größere Durchsichtigkeit bei den Ausgaben des Auswärtigen Amtes.

Reichsinnenminister Cövering

antwortet auf die Angriffe des Abgeordneten Schulz-Bromberg. Es seien in der Tat 350 000 Mark aus dem Fond zum Schutz der Republik zur Aufklärung über den Youngplan verwendet worden. Abgeordneter Schulz-Bromberg heißt es so dar, als wäre eine solche Verteidigung der Regierungspolitik — der Beschluß ist ja von ganzen Reichstahlmitgliedern gefaßt worden — im alten Regime nicht möglich gewesen. Ich brauche nur an die Rede zu erinnern, die Eugen Richter 1872 im Preussischen Landtag gegen den sogenannten Reptilienfonds hielt, gegen Bismarcks System, Zielungen mit Staatsgeheim auszuführen, damit sie keine Kritik unterliegen. Im weiteren Vergleich mit dem alten Regime könne man dem neuen Regime höchstens den Vorwurf machen, daß es zu wenig tut, in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall links.)

Abgeordneter Mastowski (Komm.) protestiert gegen die Anforderungen für die Technische Hochschule und für die Heimdienstzentrale.

Abgeordneter von Frentag-Roringshoven (Dnt.) hält den historischen Vergleich des Ministers für völlig verfehlt, weil die frühere Regierung nicht wie die jetzige eine aus Parteien zusammengesetzte parlamentarische war. Der Erfolg der Regierungssituation ist von Minister Curtius selbst sehr ungünstig beurteilt worden. Tardieu hat in der französischen Kammer betont, daß die französischen Sanktionsrechte fortbestehen und daß Deutschland zu ihrer Anwendung keine vorgängige und bedingungslose Zustimmung gegeben hat. Nachdem Tardieu jetzt vor der Kammer seine Erklärungen wiederholt hat, müssen wir von unserer Regierung völlige Klarheit fordern, damit das deutsche Volk nicht blind in den Abgrund taumelt. (Beifall rechts.)

Abgeordneter von Einsiedler-Wildau (Dnt. Arb.-Gem.) wirft der Regierung vor, daß ihre Agitation gegen das Volksgeheim die Grenzen einer Mißbräutigartigkeit weit überschritten habe.

Abgeordneter Gothscheiner (Dnt.) erhebt Einspruch gegen die parlamentarische Behandlung des neuen Gesetzesentwurfs über die Preussische Zentralgenossenschaftsfrage, der im Preussischen Landtag mit einer Mehrheit von nur fünf Minuten durchgeprüft worden ist.

Abgeordneter Bernhardt (Dem.) hält dem Abgeordneten von Frentag-Roringshoven vor, daß er vergessen habe, zu erwähnen, daß der französische Ministerpräsident Tardieu sich bei seiner den deutschen Interessen so abträglichen Auslegung des Youngplans berufen habe auf Äußerungen des bekannten Strafrechtslehrers und Abgeordneten von Frentag-Roringshoven. (Beifall links.) Ich habe kein Bedenken, damit wie es jetzt nach der Entscheidung nach den französischen Standpunkt klären kann.

Abgeordneter Berndt (Dnt.) ruft: Das ist eine jüdische Verdreherung! Der Januar wird zur Ordnung gerufen. Abgeordneter Bernhardt: Wir Juden sind mindestens so gute Deutsche wie Herr von Frentag. Abgeordneter Gothscheiner: Was hat ein Jude hier zu suchen? Nach Ihrem Aussehen, Herr Gothscheiner, sind Ihre Vorfahren noch nicht so lange in Deutschland wie meine. (Unruhe.)

Der Redner tritt für Wiederherstellung der vom Ausschuss getrichtenen 400 000 Mark für die Leinwand-Welle ein. Abgeordneter Gothscheiner (Dnt.-Soz.), der dauernd „auf dem Fuß“ mit dem Abgeordneten von Kardorff darauf aufmerksam gemacht, daß er bei weiteren Wiederholungen aus dem Saale gewiesen werden würde. Abgeordneter Straffer (Dnt.-Soz.) erhält wegen ähnlicher Jurze zwei Ordnungsstrafe.)

Abgeordneter Schedt-Baden (Komm.) fordert größere Mittel zur Unterhaltung der wertvollen Bevölkerung des besetzten Gebietes.

Die Nachtragshaushalts zu den einzelnen Haushalten werden nach den Haushaltsstellen genehmigt.

Ein Antrag für das Berliner Messeamt 200 000 Mark zu bewilligen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Beteiligung des Reiches an der Preussentasse wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Dritte Beratung des Nachtragsetats.

40 Millionen für Arbeitslosenversicherung. Berlin, 28. März.

Präsident Lohse eröffnet die Reichstagsitzung um 4 Uhr. Die zweite Lesung des Nachtragshaushalts für 1929 wird fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium.

Reichsarbeitsminister Wislitz teilte auf Fragen des Redners mit, daß den Trägern der Invalidenversicherung alle Beiträge zugewiesen sind, die ihnen in Aussicht gestellt waren.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die einmaligen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung um 40 Millionen zu erhöhen, wird angenommen, und mit dieser Änderung der Rest des Nachtragsetats in der Ausschussfassung. Es folgt dann die

dritte Beratung des Nachtragsetats für 1929.

Abgeordneter Dr. Spahn (Dnt.) wendet sich gegen die Ausführungen des Innenministers. Am Gegenstand zur heutigen Staatsform habe die Trägerschaft dem leitenden Staatsmann das verfassungsmäßige Recht gegeben, Einfluß auf die Presse zu üben, um über die Parteien hinweg zum Volke zu sprechen. Heute befehle nur eine Regierung von Parteigruppen. Der Rundfunk diene jetzt nicht der deutschen Kultur, sondern dem Kulturkolonialismus.

Abgeordneter Dr. Kütz (Dem.) nimmt dann den in der zweiten Lesung abgeleiteten Antrag auf Wiederherstellung der vom Ausschuss getrichtenen

400 000 Mark für die Leinwand-Welle wieder auf. Der Antrag wird durch Auszahlung mit 190 gegen 129 Stimmen bei 4 Enthaltungen wiederum abgelehnt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Unanommen wird eine Ausschussentschließung, in der

weitere Mittel verlangt werden zur Unterhaltung der durch die Abtrennung des Saargebietes in ihrem Abzug geschädigten Gemeinden. Der Nachtragshaushalt wird dann in der Schlussabstimmung in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des

Geldmittelsgesetzes. Abgeordneter Diez (Ztr.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

Abgeordneter Salkmann (Soz.) betont, daß der Reichstag keinen einseitigen Beschluß fassen könne, das Schicksal von Millionen in fünf bis sechs Wochen zu entscheiden. Die meisten Freunde des Alkohols habe es Angsträume verursacht. Das amerikanische Geiselt der Probenlegung erfordere die deutsche Alkoholindustrie und die deutschen Gaststätten. Dabei habe dieses Geiselt mit der Probenlegung nicht das geringste zu tun. In Deutschland gebe es 300 000 registrierte Frankfurter. Die Trinkerschlange einer einzigen Industriehölle, Bochum, betreue 2250 Trinker. An solchen Zuständen dürfe die Behebung nicht vorübergehen.

Abgeordneter Mumm (Christl.-nat. Arb.-Gem.) erklärt, der Ernst der Stunde erfordere, daß weniger geredet, aber mehr gehandelt werde. Der Kampf gegen den Alkoholschmerz liege im Interesse eines gesunden, sittlichen Volkslebens. Es könne sich natürlich nur um ein fortschrittliches Vorgehen handeln.

Abgeordneter Hampe (Dnt.) stellt fest, daß ein eigentlicher Alkoholschmerz in Deutschland überhaupt nicht vorhanden sei. Einzelne belastende Fälle werde es immer geben. Sie können aber nicht auf gelegentlichem Wege beseitigt werden. Der Verschonung habe keine Freiheitsfrage nicht erreicht. Der Verschonung selbst nicht rechtens. Die Gewerkschaften haben durch ihre Aufklärungsarbeit zu Günstigen einer verständigen Temperenz sehr viel geleistet. Wünscht man eine weitere Verminderung des Alkoholverbrauchs, so muß man bei den Gärten einsteigen und nicht beim Gaiswirt.

Es ist abwegig, einen Stand, der sich höchsten Ansehens erfreut, durch Bestimmungen zu bedrücken, die nur als Sonderbestrafung angesehen werden können.

Darum wurden die Verhandlungen auf Freitag 3 Uhr vertagt.

Kein Notetat in Preußen.

Landtagssitzung bis 5. April.

Berlin, 27. März. Die Etatberatung in Preußen wird nach den bisherigen Dispositionen zwar nicht bis zum 1. April dieses Jahres fertiggestellt sein, doch sind besondere Notmaßnahmen nicht nötig, da nach der Einnahmezeit die für das Jahr 1930 notwendigen Steuererlöse voraussichtlich noch in dieser



Abgeordneter Schulz-Bromberg (Dnt.)

erklärt, das Zentrum würde jedem Minister härteste Opposition machen, der Staatsgeheim zum Kampf gegen religiöse Einschränkungen verwenden würde. Der Redner fordert größere Durchsichtigkeit bei den Ausgaben des Auswärtigen Amtes.

Reichsinnenminister Cövering

antwortet auf die Angriffe des Abgeordneten Schulz-Bromberg. Es seien in der Tat 350 000 Mark aus dem Fond zum Schutz der Republik zur Aufklärung über den Youngplan verwendet worden. Abgeordneter Schulz-Bromberg heißt es so dar, als wäre eine solche Verteidigung der Regierungspolitik — der Beschluß ist ja von ganzen Reichstahlmitgliedern gefaßt worden — im alten Regime nicht möglich gewesen. Ich brauche nur an die Rede zu erinnern, die Eugen Richter 1872 im Preussischen Landtag gegen den sogenannten Reptilienfonds hielt, gegen Bismarcks System, Zielungen mit Staatsgeheim auszuführen, damit sie keine Kritik unterliegen. Im weiteren Vergleich mit dem alten Regime könne man dem neuen Regime höchstens den Vorwurf machen, daß es zu wenig tut, in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall links.)

Abgeordneter Dr. Spahn (Dnt.) wendet sich gegen die Ausführungen des Innenministers. Am Gegenstand zur heutigen Staatsform habe die Trägerschaft dem leitenden Staatsmann das verfassungsmäßige Recht gegeben, Einfluß auf die Presse zu üben, um über die Parteien hinweg zum Volke zu sprechen. Heute befehle nur eine Regierung von Parteigruppen. Der Rundfunk diene jetzt nicht der deutschen Kultur, sondern dem Kulturkolonialismus.

Abgeordneter Dr. Kütz (Dem.) nimmt dann den in der zweiten Lesung abgeleiteten Antrag auf Wiederherstellung der vom Ausschuss getrichtenen

400 000 Mark für die Leinwand-Welle wieder auf. Der Antrag wird durch Auszahlung mit 190 gegen 129 Stimmen bei 4 Enthaltungen wiederum abgelehnt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Unanommen wird eine Ausschussentschließung, in der